

**Bericht und Antrag des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten,
internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit****Bericht und Antrag zum Projekt „Input aus politischen Debatten in
Regionalparlamenten für die Erstellung des jährlichen Arbeitsprogramms der EU-
Kommission“**

Der Vorstand der Bremischen Bürgerschaft hat am 14. Januar 2020 beschlossen, an dem gemeinsamen Projekt der Konferenz der Regionalparlamente mit Gesetzgebungsbefugnis (CALRE) und dem Ausschuss der Regionen (AdR) mit dem Titel „Input aus politischen Debatten in Regionalparlamenten für die Erstellung des jährlichen Arbeitsprogramms der EU-Kommission“ teilzunehmen.

Nach einer pandemiebedingten Verzögerung ist das Projekt nun gestartet und die teilnehmenden Regionalparlamente sind aufgefordert worden, in den Sitzungen ihrer Gremien im April/Mai 2021 politische Debatten zu den sogenannten Scoping-Papers (Rahmenpapieren) zu organisieren sowie zu prüfen, ob zu den dort genannten oder auch weiteren Themen Anregungen für das Arbeitsprogramm der Kommission gegeben werden können.

Die Regionalparlamente sollen die Ergebnisse dieser Debatten dem Ausschuss der Regionen Anfang Juni zur Verfügung stellen, damit dieser bis Mitte Juni einen Berichtsentwurf verfassen kann. Ziel ist, den Input der Regionalparlamente in eine Entschließung des AdR zum Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2022 einfließen zu lassen, die im Juli verabschiedet werden soll. Das jährliche Arbeitsprogramm wird von der Europäischen Kommission in der Regel im Herbst des jeweiligen Jahres veröffentlicht.

Der Vorstand hat sich darauf verständigt, die politische Beratung auf den Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit zu delegieren und diesen zu bitten, der Bürgerschaft (Landtag) einen Vorschlag für eine Stellungnahme zu den Rahmenpapieren vorzulegen.

Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten hat sich in seiner Sitzung am 13. April 2021 mit den Rahmenpapieren befasst und beschlossen, die bisher in der 20. Legislaturperiode von der Bürgerschaft (Landtag) gefassten Beschlüsse zu europapolitischen Themen als Grundlage für eine Stellungnahme zu nehmen.

Dabei handelt es sich um folgende Beschlüsse:

- „Mikroplastikbelastungen von Umwelt und Natur deutlich reduzieren“, Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE vom 5. November 2019, Drucksache 20/120;
- „Das Bremer Stahlwerk braucht politische Unterstützung!“, Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der FDP vom 19. November 2019, Drucksache 20/176;
- „Zuckerlastiger Fehlernährung vorbeugen, Herstellerabgabe einführen“, Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE vom 19. November 2019, Drucksache 20/179;

- „Bremen befindet sich in einer Klimanotlage – jetzt gegensteuern in Richtung Klimaneutralität!“, Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE vom 3. Dezember 2019, Drucksache 20/195;
- „Chinesische Internierungslager sofort schließen – Uiguren schützen“, Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD, DIE LINKE, der CDU und der FDP vom 10. Dezember 2019, Drucksache 20/209;
- „Unbegleiteten Minderjährigen aus den Flüchtlingslagern in Griechenland ein kindgerechtes Leben ermöglichen“, Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 28. Januar 2020, Drucksache 20/251;
- „EU-Asylpolitik: Mehr Entscheidungsbefugnisse für Länder und Kommunen schaffen“, Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE vom 24. März 2020, Drucksache 20/335;
- „Konsumgüter langlebiger und haltbarer herstellen, Vermeidung von „Sollbruchstellen“ und bessere Reparaturfähigkeit – Verbraucher- und Umweltschutz vor Ort praktisch machen“, Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE vom 15. April 2021, Drucksache 20/353;
- „Gemeinsam sind wir stärker – Europa muss jetzt Zusammenhalt zeigen!“, Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE vom 30. Juni 2020, Drucksache 20/514;
- „Europäischen Jugendaustausch stabilisieren“, Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE vom 8. Juli 2020, Drucksache 20/543;
- „Solidarität mit den friedlichen Protesten in Belarus“, Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD, der FDP, der CDU und DIE LINKE vom 6. Oktober 2020, Drucksache 20/646;
- „Für Artenvielfalt, Tierschutz und Pandemieprävention: Lebendimporten, Internethandel und Exotenbörsen ein Ende setzen!“, Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE vom 11. November 2020, Drucksache 20/706;

Die aufgeführten Beschlüsse wurden den in den Rahmenpapieren genannten Bereichen thematisch zugeordnet. Vor diesem Hintergrund schlägt der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit der Bürgerschaft (Landtag) vor, dem AdR die folgende Stellungnahme zu übermitteln:

1. Migration und Asyl

Am 23. September 2020 legte die Europäische Kommission das neue Migrations- und Asylpaket vor. Der AdR hat dazu bereits eine Stellungnahme vorgelegt, die die Berichterstatterin Antje Grotheer, Vizepräsidentin der Bremischen Bürgerschaft, verfasst hat. Den in der Stellungnahme enthaltenen Handlungsaufforderungen an die Europäische Kommission schließt sich die Bremische Bürgerschaft an und unterstützt diese.

Darüber hinaus fordert die Bremische Bürgerschaft im Bereich Migration und Asyl die Aufnahme folgender Themen in das Arbeitsprogramm der Kommission:

- Stärkung der Rolle der subnationalen Ebene, insbesondere der Kommunen und Regionen, im Rahmen der europäischen Asylpolitik, in dem im Rahmen des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems eine zentral von der Europäischen Kommission verwaltete Förderlinie zur Unterstützung zusätzlich aufgenommener Geflüchtete eingerichtet wird, um Länder und Kommunen finanziell zu entlasten;
- Bessere Ausstattung des UNHCR mit finanziellen Mitteln und Sachmitteln zur Verbesserung der Situation in den griechischen EU-Hotspots;

- Einsatz für die Wahrung der Menschenrechte in China und für die Einhaltung der völkerrechtlichen Pflichten zum Schutz der Religionsfreiheit für alle Chinesinnen und Chinesen, auch der Uiguren;
- Einsatz für die Einhaltung der Grundwerte, Menschenrechte und Freiheiten durch die Regierung in Belarus sowie Sicherstellung der Rechtsstaatlichkeit für alle Bürgerinnen und Bürger und Fortsetzung des wirtschaftspolitischen Engagements der EU nur unter der Bedingung des Aufbaus von demokratischen und rechtsstaatlichen Strukturen;
- Zusammenarbeit mit den afrikanischen Staaten und solidarische Unterstützung der afrikanischen Zivilgesellschaft und Bevölkerung in der Coronakrise durch Maßnahmen zur Bekämpfung der wirtschaftlichen und sozialen Krisenfolgen und Unterstützung eines nachhaltigen Wiederaufbaus;
- Tatsächliche Schuldenstreichung gegenüber den Entwicklungsländern und zusätzliche Mobilisierung internationaler Mittel zur Krisenbekämpfung, um eine nachhaltige Entlastung der Entwicklungsländer in der Coronakrise zu erreichen.

2. Verwirklichung des Europäischen Grünen Deals

Der Ende des Jahres 2019 auf den Weg gebrachte europäische Grüne Deal ist die Leitinitiative der Europäischen Kommission. Der Grüne Deal ist ein breiter und komplexer politischer Rahmen, mit dem Klimaschutzziele vorangetrieben und die Nachhaltigkeit im täglichen Leben in der EU gefördert werden sollen. Dabei wird das Erreichen der Klimaneutralität bis 2050 als gemeinsames Ziel für alle Gebiete in der EU festgelegt.

Auf dem Weg zu einer nachhaltigen EU-Wirtschaft sollten gemäß den Beschlüssen der Bremischen Bürgerschaft folgende Themen in das Programm der Kommission aufgenommen werden:

- Bereitstellung von finanziellen Mitteln zur Förderung von Projekten zur Nutzung von grünem Wasserstoff als Grundstoff für die Stahlherstellung;
- Einführung von Zollkontingenten für Stahlerzeugnisse und Einführung eines neuen CO₂-Grenzabgabensystems;
- Massive Steigerung der Klimaschutzanstrengungen mit dem Ziel der Begrenzung einer Erderwärmung auf 1,5 Grad, insbesondere durch einen schnellstmöglichen Kohleausstieg und ein Ende des Deckels der Förderung von Photovoltaik- und Windkraftanlagen;
- Verbot von Mikroplastik in Kosmetika und Initiative zur Reduktion der Einleitung von Mikroplastik in Gewässer;
- Schaffung von rechtlichen Rahmenbedingungen auf europäischer Ebene zur Erhöhung der Nachhaltigkeit von Konsumgütern durch den Erlass von Vorschriften in folgenden Bereichen:
 - Regelungen gegen den vorzeitigen Verschleiß und die verkürzte Lebensdauer von Produkten,
 - Sicherstellung und Erhöhung der Reparaturfähigkeit von Produkten,
 - Sicherung der Austauschbarkeit von Verschleißteilen in Produkten und dadurch Verpflichtung der Produzent:innen von Konsumgütern zur Nachhaltigkeit,
 - Schrittweise Erhöhung der Gewährleistungsfrist und Verankerung der Beweislastumkehr für die gesamte Gewährleistungsfrist;
- Förderung des Klimaschutzes und nachhaltiger Wirtschaftsmodelle.

3. Hin zu einer Europäischen Gesundheitsunion

Die aktuelle Pandemie hat eindrucksvoll gezeigt, dass die Gesundheit eine wichtige Voraussetzung für das Funktionieren von Gesellschaft und Wirtschaft

ist. Die Prävention von, die Vorbereitung auf und der Umgang mit Gesundheitskrisen kann nur mit einer wirkungsvollen und abgestimmten Reaktion sowohl auf EU-Ebene als auch auf globaler Ebene ermöglicht werden. Die EU soll daher eine „europäische Gesundheitsunion“ werden. Der Vorschlag der Europäischen Kommission mit diesem Titel, der im November 2020 vorgelegt wurde, ist ein erster Schritt in diese Richtung.

Im Bereich Gesundheit fordert die Bremischen Bürgerschaft, sich auf europäischer Ebene für folgende Ziele einzusetzen:

- Verbot von Werbung, die das Ziel hat, Kinder zum Konsum von übermäßig gesüßten Lebensmittel zu verleiten;
- Einführung eines Nutri-Scores als verpflichtende Kennzeichnung;
- Gewährleistung einer sicheren Daseinsvorsorge insbesondere im Gesundheitsschutz.

4. Digitalisierung im Rahmen des Wiederaufbaus nach der COVID-19-Krise

Zahlreiche Beispiele in den Bereichen Telearbeit, Homeschooling, elektronische Gesundheits- und Behördendienste sowie digitale Demokratie aus Regionen und Städten in der EU zeigen, wie sich Trends bei digitalen Dienstleistungen durch COVID-19 beschleunigt und verstärkt haben. Die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften sind daher aufgefordert, ihren eigenen Stand bei der Digitalisierung zu überprüfen sowie Lehren aus diesen Entwicklungen zu ziehen und eine hohe digitale Vernetzung, digitale Kompetenz und digitale Bürgerschaft als wichtige Prioritäten bei ihrer wirtschaftlichen Erholung zu behandeln. Am 9. März 2021 veröffentlichte die Europäische Kommission ihre Ziele für eine Digitale Dekade bis 2030 und eine Zielvorstellung für einen soliden Rahmen zur Verwirklichung der erneuerten Ziele der EU für die Digitalisierung.

Zu diesem Themenbereich wurden keine Bürgerschaftsbeschlüsse gefasst, die Handlungsaufforderungen an die europäische Ebene enthalten.

5. Beschäftigung und Sozialpolitik

Im breiteren Kontext der europäischen Säule sozialer Rechte wird die Rolle der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften sowohl bei der Gestaltung als auch bei der Umsetzung der Politik entscheidende Bedeutung haben.

Die Bremische Bürgerschaft fordert in diesem Bereich die Aufnahme von Maßnahmen in das Arbeitsprogramm der Kommission, die folgende Ziele verfolgen:

- Förderung eines sozial ausgestalteten Strukturwandels in den Regionen der EU

6. Verkehrspolitik

Die Dekarbonisierung der städtischen Mobilität wird stark vom Rückgang des motorisierten Individualverkehrs in Städten und Stadtrandgebieten abhängen. Die Europäische Kommission hat daher angekündigt, dass sie im Laufe des Jahres 2021 eine Überarbeitung des Pakets zur Mobilität in der Stadt aus dem Jahr 2013 vorlegen wird. Ein zentraler Aspekt des Pakets wird die Frage sein, wie die Rolle der Pläne für nachhaltige städtische Mobilität gestärkt werden kann.

Zu diesem Themenbereich wurden keine Bürgerschaftsbeschlüsse gefasst, die Handlungsaufforderungen an die europäische Ebene enthalten.

Es wurde darauf hingewiesen, dass der AdR ausdrücklich auch über die sechs aufgeführten Themenbereiche hinaus Beiträge zu anderen Themen für das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2022 begrüßt.

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet daher darum, auch die nachfolgenden Vorschläge für Maßnahmen im künftigen Arbeitsprogramm zu berücksichtigen:

- a) Austauschprogramme

- Einrichtung eines europäischen Rettungsschirms zugunsten der Zivilgesellschaften, der auch europäische Austauschorganisationen und solche in besonders von der Krise betroffenen Staaten unterstützt;
 - Stärkung aller Formen des Jugendaustauschs auf europäischer Ebene durch Erhöhung des bisherigen „ERASMUS+“-Budgets sowie einen Ausbau der Austauschstrukturen in den einzelnen Mitgliedsstaaten.
- b) Tierschutz
- Verbot von Lebendimporten von Wildfängen und Zulassung von Ausnahmen nur nach strengen wissenschaftlichen Kriterien des Artenschutzes;
 - Verbot des Internethandels von Wildtieren und exotischen Tieren;
 - Verbot von Exotenbörsen.
- c) EU-Haushalt und Finanzen
- Stärkere Berücksichtigung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie-kriterien bei Mittelvergaben an EU-Mitgliedstaaten und Drittstaaten;
 - Deutliche Ausweitung des EU-Haushalts unter Nutzung vorhandener und noch zu entwickelnder Modelle der Finanzbeschaffung;
 - Erweiterung der Zielbeschreibung der europäischen Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitiken sowie stärkere Vergemeinschaftung der Steuerpolitik.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt die Stellungnahme zur Konsultation der CALRE-Mitglieder zur Vorbereitung des Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission für 2022 zur Kenntnis und bittet den Präsidenten, die Stellungnahme an das CALRE-Sekretariat weiterzuleiten.

Susanne Grobien